

NACHRICHTEN

Armida Raffener wird Stabschefin



SOZIALES red. Der Luzerner Stadtrat hat Armida Raffener (51, Bild) als neue Stabschefin der Sozialdirektion angestellt. Sie wird am 1. November die

Stelle von Marcel Schuler übernehmen. Raffener ist Departementssekretärin des Sicherheits- und Justizdepartements Obwalden. Sie wohnt seit 23 Jahren in der Stadt Luzern.

Autobahnausfahrt wird gesperrt

KASERNENPLATZ red. An diesem Wochenende wird die Autobahnausfahrt Luzern Zentrum zweimal gesperrt. Und zwar in der Nacht auf morgen zwischen 20 und 4.45 Uhr und in der Nacht auf Montag zwischen 19 und 4.45 Uhr. Dies im Zusammenhang mit der Cityring-Sanierung. Die Belagsarbeiten am Kasernenplatz werden dagegen verschoben. Sie sollen jetzt am 15. und 16. Juni stattfinden.

Polit-Homepage unter Beschuss

VORSTOSS red. Seit dem 11. Januar 2011 gibt es einen Verein, der die Internetplattform www.lu-wahlen.ch betreibt. Dort können Kolumnisten ihre Botschaft platzieren. Kandidaten für politische Ämter müssen ihren Kolumnenplatz bezahlen. Betreut wird die Seite vom Journalisten Herbert Fischer. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten nebst Fischer auch alt CVP-Kantonsrat Marcel Sonderegger und Albert Löttscher.

Peter With und Lisa Zanolla von der SVP-Fraktion fragen nun in einer Interpellation, warum die Stadträte Adrian Borgula, Manuela Jost, Stefan Roth und Martin Merki auf der laut SVP «äusserst zweifelhaften und anonymen Internetplattform» Werbung betreiben. Da die Werbung seit mehr als einem Jahr online ist, überrascht der Zeitpunkt der Interpellation. Gut möglich, dass sie eine Reaktion ist auf eine Kolumne von Fischer, in der dieser Peter With direkt angreift. With will jetzt vom Stadtrat wissen, wie es zu dieser Werbung gekommen ist und welche Vorschriften es in Sachen Werbung für Stadträte gibt.

Die neue BZO bringt die Stadt vorwärts



Blick vom Gütsch auf die Stadt: Die Bau- und Zonenordnung zeigt auf, wo Luzern wachsen soll.

Bild Philipp Schmidli

Zu wenig Schutz von Wohnraum, zu geringe Förderung der Wirtschaft, zu hohe Hochhäuser: Die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) für den Stadtteil Luzern, über die am 9. Juni abgestimmt wird, bietet Angriffsfläche. Das Gesamtwerk deshalb abzulehnen, wäre aber verheerend. Ein demokratischer, sechs Jahre langer Prozess wäre für die Katz. Alle sechs Parteien stellen sich in seltener Eintracht hinter diesen Kompromiss. Da wurde gekämpft, gefeilscht, hinterfragt. Zum Schluss waren alle bereit, Einzelinteressen auszublenken und sich zum Wohl der Stadt auf diese neue BZO zu einigen – das spricht Bände. Einzig beim Hochhausstandort Seeburg ist die SP dagegen.

Die neue BZO ersetzt jene aus dem Jahr 1994 und ist für die Entwicklung der Stadt von enormer Bedeutung. Sie zeigt auf, wie sich Luzern in den nächsten 10 bis 15 Jahren entwickeln soll. Die alte Vorlage umfasst einen Zonen- und Wohnanteilplan, ein Bau- und Zonenreglement sowie 13 Bebauungspläne. Das neue Regelwerk wurde vereinfacht und beinhaltet nur noch einen Zonenplan sowie das Bau- und Zonenreglement. Die BZO definiert, in welchen Quartieren gewohnt und/oder gearbeitet werden muss. Das Schwierige am Ganzen: Die Stadt ist grösstenteils gebaut, Landreserven gibt es kaum mehr. Trotzdem soll die Stadt wachsen und für ihre Bewohner und Firmen mehr Platz schaffen. Dieses Wachstum braucht es, damit die Stadt genügend Steuern einnehmen kann, um die vielen (steigenden) Aufgaben zu finanzieren. Und weil die Grünflächen richtigerweise geschont werden sollen, muss innerhalb der bestehenden Bauzonen verdichtet werden. Heisst: Auf gewissen



Redaktor Luca Wolf zur Abstimmung über die Revision der Bau- und Zonenordnung

Parzellen dürfen Bauten etwas mehr Volumen aufweisen als bislang. Die neue BZO schafft insgesamt die Möglichkeit, neuen Wohnraum für 2200 bis 3300 und neue Arbeitsplätze für 1100 bis 1700 Personen zu realisieren. Für den dringend benötigten Bedarf nach grossen Büroflächen sind die beiden Areale Steghof und Rösslimatt definiert.

lage zu Luxusapartements umgenutzt werden. Wie das beim Hotel Tivoli geschah und bei weiteren drohte. Diese Tourismuszonen sind eine Einschränkung für die betroffenen Hoteliers. Womög-

tiv beeinflussen und den Fortbestand des Hotels sichern. Mit einem Teil des Erlöses aus den geplanten Luxuswohnungen müssten die Seeburg-Besitzer für 10 Millionen Franken den historisch wertvollen Jesuitenhof sanieren. Ein pragmatischer Deal als dieser ist wohl noch nie vors Luzerner Stimmvolk gekommen. Jedoch haben auch die Gegner gute Argumente. So ist das gesamte Seeufer im massgebenden regionalen Hochhauskonzept für Hochhäuser explizit ausgeschlossen. Und wer wie viel an diesem «Kuhhandel», wie der Deal auch genannt wird, verdient, weiss kein Mensch – ausser die Seeburg-Besitzerfamilie Schärer, welche die Liegenschaft verkaufen will, und hoffentlich die Stadt. Allerdings wäre die Veröffentlichung solcher Zahlen ausgesprochen heikel. Wer kann diese komplizierte Ausgangslage schon einschätzen?

LEITARTIKEL

lich sind damit auch schlechtere Kreditbedingungen bei den Banken verbunden. Aber was wäre die Alternative? Zuzuschauen, wie weitere Hotels der Öffentlichkeit und dem Tourismus entzogen werden? Und wie sich Immobilienspekulanten daran eine goldene Nase verdienen? Zudem können die Hotels unter bestimmten Auflagen ja nach wie vor umgenutzt werden.

Kritisch hinterfragt werden kann auch die neue Wohn- und Arbeitszone im Stadtzentrum. Diese hat eine flexiblere Nutzung der Häuser zum Ziel. Im Neustadt- und im Bruchquartier kann das zur Folge haben, dass vereinzelt Wohn- zu Arbeitsfläche umgenutzt werden muss. Dafür wird in anderen Quartieren der Pflicht-Wohnanteil erhöht. Unter dem Strich soll sich laut Stadt und Mietverband der Mix die Waage halten. Trotzdem kann man sich fragen, ob diese – wenn auch nur kleine – Lockerung zu Gunsten von Arbeitsflächen in Zeiten knappen Wohnraums sinnvoll ist. Aber deswegen gleich die ganze BZO ablehnen, wäre mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Auf das geplante 45-Meter-Hochhaus beim Steghof könnte zwar verzichtet werden. Denn viel mehr Nutzfläche passt da nicht rein als mit einer normalen Überbauung. Um das zu ändern, müsste man deutlich höher bauen. Bezüglich Verdichtung bringt der Standort folglich kaum etwas. Aber ein Hochhaus würde sehr wohl haushalterischer mit dem Boden umgehen und mehr Grünfläche schonen. Und ein schönes Hochhaus könnte den Standort städtebaulich markieren. Dass dieser Bau die gesamte Stadtsilhouette «zerstören» würde, wie es die vorwiegend aus Anwohnern bestehenden Gegner behaupten, ist reine Polemik.

Bezüglich Hochhäusern: Am Seeburg-Standort ist ein Hochhaus gut vorstellbar. Es würde vor einer Felswand stehen, niemandem die Aussicht trüben, die Stadtsilhouette nicht nega-

Fazit: Die Gesamt-BZO bringt die Stadt vorwärts, der Steghof-Hochhausstandort passt, und wer für unkonventionelle Lösungen einsteht, kann auch zur Seeburg Ja sagen.



9. Juni 2013

Abstimmung

Die neue BZO nimmt im Ansatz auch die vom Volk verlangte Forderung nach bezahlbarem Wohnraum auf. So sind drei Gebiete im Zonenplan für den gemeinnützigen Wohnungsbau definiert. Zudem profitieren Gemeinnützige von einem Gestaltungsplanbonus: Sie dürfen auf einer Parzelle etwas mehr Fläche realisieren als andere. Ein neuer Qualitätsartikel soll zudem garantieren, dass sich neue Bauprojekte gut ins Stadtbild einfügen.

Allerdings werden auch Themen in der BZO zu Recht kritisch hinterfragt. Die Tourismuszonen etwa soll verhindern, dass Nobelhotels an bester (See-)

ANZEIGE

Einladung zum ersten öffentlichen G-Net-Podium:

WOHNRAUM OHNE SPEKULATION
«gemeinnützig – preisgünstig – zahlbar»

MITTWOCH, 5. JUNI 2013, 19–21 UHR
PAULUSHEIM, MOOSMATTSTRASSE 4, 6005 LUZERN

Mit: **Hannes Egli** (Prof. Dr., IBR / HSLU), **Florian Flohr** (Koordinator G-Net, OeWL), **Manuela Jost** (Stadträtin und Baudirektorin Stadt Luzern), **Ruedi Meier** (Präsident abI), **Remo Zberg** (Gemeindepräsident Hergiswil)

Moderation: **Elsbeth Balmer**

Weitere Informationen unter: www.abI.ch/podium **Eintritt frei!**

Mehr Hintergrund.
Zum Mitreden.

Kantonsspital
Ein neues Tarifsystem führt zu Protesten von Patientenschützern. 28

Rückschlag
Viktor Röhlin gibt beim New York Marathon vorzeitig auf. 21

Fasnacht: Alle sollen mitreden
STADT LUZERN red. Für Faschnachtsmittel soll dabei helfen, die unternehmerischen Interessen an der Luzerner Fasnacht unter einen Hut zu bringen. Das ist die Idee von Silvio Punzica, langjähriger Herausgeber des «Bündigen Faschnachtshefters». Alle interessierten Faschnachtsgruppen sollen bis drei Mal im Jahr zusammenkommen um ihre Anliegen und Sorgen zu besprechen. Süsses seine Idee auf die Faschnacht schon im April der Faschnacht führt werden.

Bund bekennt Gotthard-Berg
UR/TESSIN Es ist ein Zeichen, auf das man im Kanton Uri lange gewartet hat: Der Bund hält auch nach der Neat-Eröffnung an der Bergstrecke fest.

Für Schwyz die beste Variante
FELDERRODEN sg. Einmal hat der Bund seine Flagge in Luzern gesetzt. Das zeigt, wie es den Nachbarn Ramon Schwarz ausgeht. Mit Tivoli durch die Stadt und den Aare, die Felderhöfen einbindend werden. Das sei die richtige Lösung, bei der die Nationalratsmitglieder und die Kantonsräte von Schwyz einig sind. Der Direktor des Bundesverkehrs, Peter Föllmi, hat erklärt: Das sei eine gute Variante. Das sei eine gute Variante, die die gesamten Interessen von Luzern einbindet.

Immer dabei. **SONNTAG ZETUNG**